Politische und wirtschaftliche Demokratie

Autor(en): **Muralt, Bruno**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **68 (1976)**

Heft 3

PDF erstellt am: **31.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-354790

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Politische und wirtschaftliche Demokratie

Bruno Muralt

Die meisten Unternehmer lehnen die Mitbestimmungsinitiative der Gewerkschaften und damit die Demokratisierung der Wirtschaft ab. Wen wundert's? Haben nicht einst die Könige von Gottesgnaden, die Fürsten, Grafen und gnädigen Herren aller Schattierungen das allgemeine Stimmrecht und damit die *politische* Demokratie auch abgelehnt?

Und haben die gnädigen Herrschaften nicht auch schon damals den Untergang der menschlichen Gesellschaft prophezeit, für den Fall, dass dem «gemeinen Plebs» ein politisches Mitbestimmungsrecht eingeräumt werde? Genau so, wie ihn die Unternehmer heute prophezeien, für den Fall, dass «ihren» Arbeitern und Angestellten ein Mitbestimmungsrecht am Arbeitsplatz und in der Wirtschaft zugesichert werde.
Was ist dann damals wirklich passiert? Genau das Gegenteil. Ausgerechnet jene Länder, in denen die politische Demokratie verwirklicht wurde, erlebten einen geradezu phantastischen Aufschwung und erwarben sich eine wissenschaftliche und technische Überlegenheit über den Rest der Welt.
Weshalb? Zweifellos nicht zuletzt, weil Freiheit und Demokratie es unzähligen Menschen aus dem Schosse des Volkes endlich möglich machten, ihre Tatkraft und ihre Ideen zu entfalten. Zurückgeblieben aber sind jene Länder, wo politische Diktatur und geistige Unfreiheit die schöpferische Phantasie der Menschen erstickten. Sie kämpfen heute noch um den Anschluss an die neue Zeit.

Macht der Wirtschaft, Ohnmacht der Politik

Aber die Welt steht nicht still. Inzwischen hat die phänomenale Entwicklung der Technik nicht nur die Produktionskräfte der Menschen ins Märchenhafte gesteigert, sondern jenen, die sie beherrschen auch immer grössere Macht verliehen. Und weil die Tendenz eindeutig in Richtung Konzentration der Produktionsmittel geht, werden immer weniger Menschen immer mehr Macht bekommen. Ist es nicht schon heute so, dass die wirtschaftliche Macht die politische auf weiten Gebieten dominiert?
Damit entartet politisches Bemühen allmählich zum blossen Schattenboxen. Die wirklichen Schalthebel der Macht entgleiten dem Volk und den von ihm gewählten Politikern. Sie gehen, einer nach dem andern, in die Hände einer neuen Aristokratie über: jener der Wirtschaftsbosse und der Technokraten. Sie aber sind nicht vom Volk gewählt und ihm deshalb auch keine Rechenschaft schuldig.

So hat unsere «klassische» politische Demokratie, im immer grösser und schwerer werdenden Schatten der von ihr kaum noch kontrollierten Wirtschaftsmächte, viel von ihrem einstigen Glanz verloren. Die undemokratische Macht der Wirtschaft verurteilt die politische Demokratie allmählich zur Ohnmacht.

Diese Machtverschiebung gilt es zu korrigieren. Die Mitbestimmung der Arbeitnehmer ist ein wichtiges Mittel dazu. Einerseits wird sie dafür sorgen, dass die Macht der «Bosse» nicht in den Himmel wächst und andererseits die überwältigende Mehrheit der Arbeitnehmer vom heutigen Status blosser Befehlsempfänger und Wirtschaftsuntertanen befreien und endlich zu gleichberechtigten Mitarbeitern emporheben.

Mitbestimmung als demokratische Alternative

Die Mitbestimmung im Arbeitsleben könnte unserer angekränkelten politischen Demokratie neues Leben einhauchen und sie auch wieder attraktiver machen. Sie ist eine demokratische Alternative gegenüber radikalen totalitären Modellen zur Lösung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme unserer Zeit.
Und es ist sehr wohl möglich, dass auch sie – wie einst die Einführung der politischen Demokratie – jenen Völkern, die den Mut und die Weitsicht aufbringen, neue Wege zu gehen, einen neuen Aufschwung bringt. Ganz einfach, weil ungezählte positive, aber heute noch schlummernde Kräfte aus ihrer erzwungenen Passivität befreit würden und sich entfalten könnten, zum Wohle der Gemeinschaft. Einer Gemeinschaft übrigens, die auch Notzeiten besser meistern könnte, weil die grosse Mehrheit der Menschen in ihr integriert wäre und sie solidarisch mittragen würde.
Dass die Mehrheit der Unternehmer und Manager die Mitbestimmung heute noch ablehnt, braucht uns nicht übermässig zu erstaunen. Es dürfte wenig Beispiele in der Geschichte geben, wo eine herrschende Minderheit freiwillig auf ihre Vorrechte verzichtet hätte! Der Kampf für die Demokratie, das heisst für mehr Rechte zugunsten der Mehrheit, war schon immer auch ein Kampf gegen die Vorrechte einer Minderheit. Daran hat sich seit der Erstürmung der Bastille durch das Volk von Paris grundsätzlich nichts geändert.

Aber weil jener Sturm der politischen Demokratie schliesslich zum Durchbruch verholfen hat, dürfen wir am 21. März gewaltlos kämpfen: mit dem Stimmzettel und einem Ja für die Mitbestimmungsinitiative der Schweizer Gewerkschaften als einziger Waffe. Der heutige, friedliche «Sturm auf die Bastille» einer autoritären Wirtschaftsordnung soll den Weg freilegen für mehr Demokratie, Gerechtigkeit und Menschenwürde am Arbeitsplatz, aber auch für eine in sich gefestigte Volksgemeinschaft.